

# Thesenpapier SE „Staatszerfall, Parastaatlichkeit und Bandenkriege“, WS 2003/04, Prof. Kreisky

---

Arbeitspapier zum Referat „Staatsbildung“, Arbeitsbereich I/1

(von Thomas Schmidinger, Susanne Flesch-Blachnik, Mary Kreutzer, Martina Wurzer, Katharina Graisy, Gert Krammer, Erik Tajalli, Thomas König)

Im Kontext der Staatstheorien können verschiedene Ansätze verfolgt werden.

- *einflusstheoretische* Ansätze: der Staat als organisiertes Willens- und Steuerungszentrum für Gesellschaft und Wirtschaft (elitentheoretische, pluralistische Staatskonzepte)
- *interdependenztheoretische* Ansätze des Staates: der Staat als politisches Subsystem; (normative und empirische) Struktur-, Prozess- und Funktionsanalysen des Staates
- *materialistische* Ansätze des Staates: der Staat als integraler Bestandteil gesamtgesellschaftlicher Reproduktion; politisch-ökonomische Theorien des Staates (Restriktionsanalysen, Krisentheorien, Regulationstheorien usw.)
- *Modernisierungstheorien* des Staates
- Ansätze *feministischer* Staatstheorie

Begriffliche Notiz: **Staatsbildung** (*state formation*) meint den sozialen/geschichtlichen Prozess der Herausbildung von Staaten, davon unterschieden werden soll „**Staatsbau**“ (*state building*), das den Aufbau (und Weiterbau) staatlicher Strukturen bezeichnet – Staatsbau hat seit den Neunzigern eine besondere Aktualität, die mit den internationalen „Bemühungen“ in Ex-Yugoslawien (insbesondere Bosnien-Herzegowina und Kosovo) sowie Afghanistan, und auch dem Irak zu tun haben, „funktionierende“ Staaten zu schaffen. Zwei weitere verwandte Begriffe sind „**Nationsbildung**“ und „**Nationenbau**“ (*nation-building*): dieser Begriff entstammt der Modernisierungstheorie und bezeichnet die (bewusste) Mobilisierung von Loyalität auf der Basis einer (mehr oder weniger) fiktiven „Nation“. Nationalismustheorie wird der Begriff weiterhin, allerdings in differenzierterer Form verwendet.

Überblickartig sollen im gemeinsamen Referat 4 verschiedene Theorien zum Staatswerdungsprozess dargestellt werden:

1. Liberalismus
2. staatskritische Ansätze (feministisch, materialistisch)
3. Nationalismus
4. Kolonialstaatlichkeit

**Ad 1.** Der **Liberalismus** setzt beim Prinzip des Gesellschaftsvertrags an. Hier werden verschiedene Normen als konstitutiv für den liberalen, demokratischen Staat angesehen:

- Individuelle Freiheit (Individual liberty)
- Gleichheit vor dem Gesetz (Legal equality; equality of opportunity)
- Toleranzprinzip (Religious toleration)
- Pressefreiheit (Freedom of the press)
- Verantwortliche, konstitutionelle Regierung (Responsible, constitutional government)
- Freier Handel (Free trade)

**Ad 2.** Kritik am herkömmlichen Staatsgedanken über **staatskritische Ansätze**. Hier können, ausgehend von der feministischen Staatskritik, vier Punkte aufgezeigt werden.

- Dem sog. Gesellschaftsvertrag liegt ein stets verdeckter Geschlechtervertrag zu Grunde. Die moderne gesellschafts-legitimierende bürgerliche Vertragsidee basiert somit auf geschlechtsspezifischen, androzentrischen Ausgrenzungen und Ausschließungen.
- die historische Entstehung des Nationalstaates ist eng mit Krieg und Militär und damit zusammenhängend mit der Entstehung moderner Männlichkeitskonstruktionen verknüpft. Dies erklärt auch den Frauenausschluss aus der Konzeption der Staatsbürgerschaft.
- Staatliche Politiken (staatliche Maßnahmen und Prozesse) werden in Untersuchungen verschiedener politischer Bereiche (policies) auf Aspekte und Auswirkungen auf ihre

reproduzierende, aber auch modifizierende Auswirkungen auf die herrschende Geschlechterordnung hin erforscht.

- „Staat als Männerbund“: Der moderne Staat ist in zweierlei Hinsicht „männlich“: Zum einen werden staatliche Aufgaben und Ämter mehrheitlich von Männern wahrgenommen („nominale Männlichkeit“) und zum anderen repräsentiert und bevorzugt der Staat systematisch männliche Interessen und Lebensweisen („strukturelle“ Männlichkeit).

**Ad 3.** Ein konstitutives Merkmal moderner Staaten stellt der **Nationalismus** dar. "Nation" selbst ist keine "natürliche" oder "immer schon da gewesene" Einheit, sondern ein relativ junges Konzept einer "vorgestellten Gemeinschaft". "Es ist der Nationalismus, der die Nationen hervorbringt, nicht umgekehrt." (Ernest Gellner)

Die "Erfindung der Nation" ist relativ jungen Datums und zudem eine europäische Erfindung, die zwar durch Kolonialismus, Imperialismus und den Widerstand dagegen in alle Welt exportiert wurde, deren Ursprung aber in der Europäischen Neuzeit, in der Entstehung des Kapitalismus, zu suchen ist.

Historisch bildeten sich zwei verschiedene Typen von Nationen heraus: Die Staatsbürgernation, die von den USA oder Frankreich idealtypisch realisiert wurde und die völkisch definierte Nation, wie sie in Deutschland oder Osteuropa im Zuge "verspäteter Nationsbildungen" nach dem Ende der liberalen Phase des Kapitalismus entstanden.

**Ad 4.** Im Gegensatz zu den bisherigen Konzepten greifen Theorien zur Entstehung der **Kolonialstaatlichkeit** auf die historische Spezifik der (post)kolonialen Staatsbildung zurück. Stärkste Triebkraft dabei waren die Befreiungsbewegungen, die sich schrittweise zu politischen Organisationen entwickelten. Im Zuge dieser Entwicklung traten die Strukturmerkmale vorkolonialer Gesellschaft und Politik (untereinander isolierte Gruppen innerhalb der Grenzen einer Kolonie) zurück. Stattdessen suchten die Befreiungsbewegungen eine einheitliche und erkennbare Gegenmacht aufzubauen. Es bildeten sich „Nationale Befreiungsbewegungen“, die sich als zukünftige Regierungen verstanden und somit auch schon das Modell „des europäischen bürgerlichen Staates“ als Vorbild übernommen hatten. Diese Adaptierung nationalstaatlicher Konzepte führte zu besonderen Dynamiken im Kontext der Staatswerdung bis heute. So ist etwa der Nationalismus als Konzept übernommen und doch in grundlegenden Aspekten modifiziert worden (Beispiel Panarabismus).

Theoretische Konzepte sprechen in Bezug auf postkoloniale Entwicklungsländer von der „Zentrum-Peripherie“-Problematik. Damit wird nicht zuletzt das scheinbare Paradoxon angesprochen, dass es sich bei 3. Welt-Staaten oftmals um autoritäre, aber zugleich schwache Staaten handelt. Neuere Ansätze sprechen auch von der Gefahr der „Rekolonialisierung“ wirtschaftlich abhängiger Staaten.